

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Raketenbeschuss

Der Flughafen der afghanischen Hauptstadt Kabul ist am Samstag unter schweren Raketenbeschuss gekommen. Die Tass meldete aus Kabul, bis zu 40 Boden-Boden-Raketen der Widerstandskämpfer hätten Landebahnen sowie Mietshäuser in der Umgebung des Flughafens getroffen. Es habe Tote und Verletzte unter der Zivilbevölkerung gegeben. Eine Rakete sei in unmittelbarer Nähe eines Flugzeuges der sowjetischen Fluggesellschaft Aroflot eingeschlagen.

Todesliste der IRA

Mehr als 100 Briten, darunter Abgeordnete, Richter und hohe Beamte, stehen auf einer «Todesliste» der IRA. Wie erst am Sonntag bekannt wurde, war die Liste Ende vergangenen Jahres in einer «Bombenfabrik» der IRA in London gefunden worden. Für die bedrohten Personen wurden Sicherheitsmassnahmen eingeleitet. Befürchtungen wurden laut, dass möglicherweise ein Attentat auf Premierministerin Thatcher geplant sei.

Für Verfassungsreform

Chiles Präsident General Pinochet hat am Samstag indirekt einer Verfassungsreform zugestimmt. In einer 45minütigen Rede anlässlich des 8. Jahrestages der Verfassung kündigte er seine Bereitschaft an, bestimmte Teile der Verfassung zu ändern. In einem Volksbegehren soll wahrscheinlich Mitte des Jahres darüber abgestimmt werden.

Kämpfe in Libanon

Die libanesische Armee und Dru-senmilizen haben sich am Samstag heftige Artilleriegefechte in den Bergen östlich Beirut geliefert. Nach Angaben von Beobachtern waren dies die heftigsten Kämpfe zwischen Drusen und der Armee seit 1985. Die jüngsten Kämpfe könnten mit der Entscheidung des christlichen Ministerpräsidenten und Oberbefehlshaber der Armee zusammenhängen, alle illegal von den Milizen besetzten Häfen entlang der Küste zu schliessen.



Blick in die Delegiertenversammlung des LANV, die am Freitagabend in Gamprin abgehalten wurde.

LANV: Keine neuen Gesamtarbeitsverträge geschlossen

Delegiertenversammlung des Liechtensteinischen Arbeitnehmerverbandes (LANV) in Gamprin

(G.M.) – Den Liechtensteinischen Arbeitnehmerverband (LANV), der am Freitagabend in Gamprin seine Delegiertenversammlung abhielt, drücken trotz guter Konjunktursituation und Vollbeschäftigung in unserem Land einige Sorgen: Im abgelaufenen Verbandsjahr konnten keine neuen Gesamtarbeitsverträge abgeschlossen werden, die Verhandlungen mit der Industrie- und Handelskammer ziehen sich in die Länge, die Überfremdung am Arbeitsplatz erreicht erneut höhere Zahlen und die Mitgliederzahl ist trotz erheblicher Werbeanstrengungen nicht gestiegen, sondern innert Jahresfrist leicht zurückgegangen.

Die statutarischen Geschäfte der Delegiertenversammlung wurden recht speditiv erledigt, da die Delegierten offenbar keine grosse Lust verspürten, Anträge zu formulieren oder Fragen zu stellen. Damit stand der Jahresbericht des LANV-Präsidenten, das Grusswort von Regierungsrat René Ritter und von Vorsteher Lorenz Hasler im Mittelpunkt.

Neue Aufgaben in der Zukunft

Nach den Worten von Lorenz Hasler, gastgebender Vorsteher im Gemeindesaal Gamprin, warten auf die Arbeitnehmer in der Zukunft neue Aufgaben mit neuen Zielen. Arbeit, so meinte er, sei nicht nur Tätigkeit oder Broterwerb, sondern damit verbinde sich auch die Hoffnung auf Erfüllung im Tun. Der LANV hat sich gemäss seinen Ausführungen immer für die Wahrung des sozialen Friedens in unserem Land eingesetzt, womit seine Tätigkeit – auch in Zukunft – von grosser Tragweite sei.

Überfremdung am Arbeitsplatz
In seinem umfangreichen Jahresbericht, in dem er eine Vielzahl von Problemen streifte, führte LANV-Präsident Alfons Schäfer aus, dass die Problematik der Überfremdung am Arbeitsplatz nichts von seiner Aktualität verloren habe. Zur Bekräftigung nannte er die aktuellen Zahlen, insbesondere die Zunahme der Gesamtbeschäftigungszahl im Jahre 1988 um 5,8 Prozent und – als Gegensatz dazu – die Steigerung der Grenzgängerzahl um 12,4 Prozent. Die «Arbeitsplatzüberfremdung ist nach seinen Worten, ohne dass er diesmal härtere Massnahmen forderte, auf 59,3 Prozent angestiegen.

Arbeitswelt verändert sich

Regierungsrat René Ritter stellte die Arbeitsplatzsicherung in der Zukunft sowie die grosse Bedeutung der Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer in der Mittelpunkt seiner Grussbotschaft. Bis der «Binnenmarkt 1992» verwirklicht sei, erklärte er, müssten noch viele Hürden genommen werden. Doch auch der technische Fortschritt verändere die Arbeitswelt, verlange nach entsprechenden Anpassungen. Gerade vor der technischen Herausforderung und vor der Herausforderung der europäischen Integration komme der Aus- und Weiterbildung eine hervorragende Rolle zu. Der Arbeitsplatz der Zukunft verlange nach Anpassungen, wobei es für unser Land gelte, diese Herausforderung anzunehmen.

Verfassungsgemäss

Stellungnahme von Rechtsanwalt Dr. Peter Marxer zum Gutachten

Das im VOLKSBLATT vom Samstag teilweise veröffentlichte Gutachten von Prof. Dr. Heinz Schäfer, der die Verfassungsmässigkeit von Untersuchungskommissionen des Landtags im Fall «Staatsgerichtshof» eindeutig mit Ja beantwortet, hat verschiedene Reaktionen in der Bevölkerung ausgelöst.

Wir haben Dr. Peter Marxer, Rechtsanwalt, um eine Stellungnahme gebeten, nachdem das Gutachten Schäfer nun auch in der Öffentlichkeit bekanntgemacht wurde. Dr. Peter Marxer hatte sich als Ehrenpräsident der FBP bereits ausführlich über die Verfassungsmässigkeit geäussert, und in diesem Zusammenhang auch auf die Übereinstimmung der Rechtsmeinung anderer namhafter liechtensteinischer Juristen hingewiesen.

In seiner Stellungnahme weist Dr. Peter Marxer darauf hin, dass er von Anbeginn an die Verfassungsmässigkeit bejaht habe und nun durch das Gutachten Schäfer in seiner Rechtsmeinung bestätigt werde. Im weiteren bedauert er, dass eine Rechtsfrage durch die VU zu einer politischen Frage umfunktioniert wurde.

Die Stellungnahme von Dr. Peter Marxer lesen Sie auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

Landtagseröffnung am nächsten Samstag

Der Landtag wird nach den Neuwahlen vom 3./5. März 1989 am nächsten Samstag, 18. März, um 10.00 Uhr erstmals zusammentreten. Vorgängig zur Eröffnungssitzung, die trotz der erhöhten Mandatszahl nochmals im bisherigen Landtagssaal stattfindet, wird um 9.00 Uhr in der Pfarrkirche Vaduz das traditionelle Heiliggeistamt gelesen.

Die Eröffnungssitzung umfasst folgende Tagesordnungspunkte:

- Eröffnung durch Seine Durchlaucht Erbprinz Hans Adam von und zu Liechtenstein
- Bestellung der Wahlaktenprüfungskommission
- Validierung der Landtagswahl und der Wahl seiner Mitglieder
- Vornahme der Vereidigung durch Seine Durchlaucht Erbprinz Hans Adam von und zu Liechtenstein
- Ansprache des Alterspräsidenten
- Anschließend finden die sogenannten Bürowahlen statt, wobei die 25 Abgeordneten, darunter als einzige Frau die FBP-Abgeordnete Emma Eigenmann, die nachstehenden Wahlen vornehmen:
- Wahl des Landtagspräsidenten
- Wahl des Landtagsvizepräsidenten
- Wahl der Schriftführer
- Wahl der Finanzkommission
- Wahl der Geschäftsprüfungskommission

Konstantin Ritter 17. beim Engadiner

Eine ausgezeichnete Leistung bot Konstantin Ritter gestern beim Engadiner Ski-Marathon. Der 25jährige Eschner be-



legte unter den rund 11 000 Teilnehmern auf der 42 km langen Strecke von Maloja nach Zuoz den beachtlichen 17. Schlussrang. Der Liechtensteiner vermochte sich praktisch während des ganzen Rennens im Spitzenfeld zu behaupten und wagte einmal gar einen Solovorstoß. Im Ziel lag Konstantin Ritter lediglich knapp über 20 Sekunden hinter dem siegreichen Tschechoslowaken Svanda, der am Mittwoch übrigens auch beim Prolog der SSV-Langlaufwoche im Steg starten wird. Einen Bericht über den Engadiner finden Sie im Sportteil. Unser Bild zeigt Konstantin Ritter in Aktion.

Deutliche Gewinne für die FPÖ

Landtagswahlen in Tirol, Salzburg und Kärnten

Wien (spk/dpa) Die rechtsgerichtete, national-liberale Freiheitliche Partei (FPÖ) hat am Sonntag bei Landtagswahlen in den österreichischen Bundesländern Salzburg, Kärnten und Tirol erhebliche und stellenweise erdrückende Stimmengewinne erzielt. Sie gingen auf Kosten der beiden Grossparteien Sozialisten (SPÖ) und konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP).

Im traditionell katholisch-konservativen Tirol hat die ÖVP vermutlich fünf ihrer bisher 25 Sitze in 36 Mitglieder zählenden Landtag eingebüsst und ihr schlechtestes Ergebnis seit 1945 verzeichnet. Sie dürfte nach ersten Zählungen

allerdings ihre bisher mit 64,4 Prozent komfortable absolute Mehrheit halten. Verluste dürfte es für die SPÖ in Kärnten und die ÖVP in Salzburg gegeben haben, wo diese Parteien über absoluten Mehrheiten von 51,6 beziehungsweise 50,4 Prozent verfügten.

In Kärnten hat die FPÖ die ÖVP vom Platz der zweitstärksten Partei verdrängt. Erstmals werden vermutlich Grüne und Alternative in den Landesparlamenten von Tirol und Salzburg vertreten sein. Mit ihren Zugewinnen hat die FPÖ einen seit einigen Jahren anhaltenden Aufwärtstrend fortgesetzt. Ihre Wahlwerber hatten hauptsächlich auf angebliche Korruption bei den Grossparteien verwiesen.

Einfluss der EG-Politik

Das schlechte Abschneiden der ÖVP in Salzburg und insbesondere in Tirol wird auf die dort herrschende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der EG-Politik der Bundes-ÖVP zurückgeführt. Innerhalb der sozialkonservativen Koalition mit der SPÖ strebt sie einen Beitritt Wiens zur Europäischen Gemeinschaft an, dem die SPÖ kritischer gegenübersteht, den die FPÖ aber prinzipiell auch befürwortet. Hauptsächlich Tirol leidet massiv unter dem Nord-Süd-Strassentransit der EG, der im Beitrittsfall, noch zunehmen würde.

STARK WIE IMMER, IN BÜROMÖBEL, BÜROGERÄTEN, BÜROSYSTEMEN.

Büro-Systeme AG
Im Alten Riet 38, 9494 Schaan, 075/20170
Grünstrasse 25, 9470 Buchs, 055/63109